

**Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren („Studienbeiträge“)**  
**(Studiengebührenabschaffungsgesetz – StGAG)** (Plenarsitzung vom 23.03.2010)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Als nächster Redner spricht der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

**Rüdiger Sagel\*)** (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Wir werden die Abzocke bei den Studierenden nach dem 9. Mai beenden. Das kann ich Ihnen hier garantieren. Das wird der erste Antrag der Linken-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen sein. Zum jetzigen Zeitpunkt – muss ich ehrlich sagen – macht solch ein Antrag relativ wenig Sinn; denn es gibt natürlich keine Mehrheit dafür.

Wir haben aber auch noch – das muss man so deutlich sagen – gewisse Zweifel, wie es da mit der Ernsthaftigkeit bei SPD und Grünen tatsächlich bestellt ist. Denn zum Beispiel die SPD in Münster hat gerade gemeinsam mit der CDU eine Zweitwohnsitzsteuer für Studierende eingeführt. Die SPD zockt also gemeinsam mit der CDU die Studierenden in Münster ab.

*(Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch Unsinn!)*

Das weckt natürlich immer wieder Zweifel an solchen Vorhaben. Die Grünen wollen ja nun auch unbedingt mit der CDU regieren. Also: Da gibt es schon noch gewisse Zweifel.

Hier wird immer versprochen: SPD und Grüne schaffen das ab. – Fakt ist aber: In Hessen hat es nicht mit SPD und Grünen geklappt, sondern dadurch, dass auch die Linke im Landtag ist. Das war die erste Maßnahme, die auch gleich funktioniert hat. Von daher kann ich nur sagen: Ohne die Linke wird es vermutlich nicht gehen. Deswegen möge man sich das noch ein vor Augen führen.

Studiengebühren sind unsozial; das ist überhaupt keine Frage. Söhne und Töchter aus sozial schwachem Umfeld können sie sich nicht leisten. Die Studiengebühren führen zu weniger Bildung in NRW, und zwar durch Arbeit neben dem Studium. Jeder vierte Studierende bricht ab, ein Großteil davon aus finanziellen Gründen. Jeder dritte Studierende denkt wegen Geldmangels an Abbruch. 69 % der Abiturienten machen sich Sorgen über die Finanzierung des Studiums. Nur 44 % der Abiturienten ohne reiche Eltern treten ein Studium an. Trotz erhöhter Anmeldezahlen sinken die Studierendenzahlen, weil so viele abbrechen. Der prozentuale Anteil der Studienanfänger bei den Abiturienten ist zurückgegangen. Lediglich 2 bis 4 % der Studierenden fällt die Finanzierung des Studiums leicht.

Das sind die realen Zahlen, die wir in Nordrhein-Westfalen vorfinden. Deswegen kann ich nur an

Sie appellieren, hier eine andere Politik, nämlich ohne Studiengebühren, zu machen.

Darüber hinaus geht es auch noch darum, Studierende stärker zu fördern. Die Studierenden in Münster sagen zum Beispiel klipp und klar: Gefördert wird, wer Rendite bringt. – Das ist die aktuelle Förderpolitik dieser Koalition. Die Studierenden schreiben: Seit dem Wintersemester 2009/2010 vergibt das Land NRW Geld für Stipendien an Hochschulen, wenn diese die gleiche Summe an Geld von Wirtschaftsunternehmen erbetteln. Wer ein Stipendium bekommen kann, darf die Wirtschaft größtenteils selbst bestimmen. Sie erhält somit erheblichen Einfluss an den Hochschulen. Wer dann letztlich gefördert wird, wird allein aufgrund von Leistung entschieden, völlig unabhängig davon, wer Geld braucht und wer nicht. Wir fordern – so sagen es die Studierenden in Münster – stattdessen eine bedarfsorientierte Studienfinanzierung für alle, keine selektive Elitenförderung, kein Diktat der Wirtschaft an den Hochschulen.

Das ist auch etwas, was konkret passieren muss. Wir brauchen eine Förderung und keine Abzocke bei den Studierenden.

Herr Minister, Sie sind ja da, der Ministerpräsident ist nicht da. Ich überreiche Ihnen das, was mir vom AStA in Münster gegeben worden ist.

*(Der Redner überreicht Minister Pinkwart ein Schreiben.)*

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als nächster Redner spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Pinkwart.